

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 66 (1991)

Heft: 5

Artikel: Armee-Einsatz : prüfungswerte Massnahme

Autor: Spälti, Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armee-Einsatz – Prüfwerte Massnahme

Von Nationalrat Dr Peter Spälti, Hettlingen (ZH)

Die seit Monaten anhaltende starke Zunahme der Asylgesuche und die neuesten Rekordzahlen sorgen für eine erneute Verschärfung und Polarisierung der flüchtlingspolitischen Diskussion in der Schweiz. Kantone und Gemeinden beklagen einen eigentlichen Vollzugsnotstand. Die verfügbaren Unterbringungs- und Betreuungskapazitäten für Asylbewerber werden von den Migrationswellen überspült. Der politisch motivierte Ungehorsam gegen die Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber sorgt für immer neue Schlagzeilen.

Besonders angeheizt werden die Emotionen derzeit durch die Vorarbeiten der Landesregierung für ein Notdispositiv im Flüchtlingsbereich. Geplant werden eine zusätzliche Beherbergungsinfrastruktur durch die Armee sowie ein subsidiärer Einsatz von Armeeangehörigen zur Verstärkung des Grenzschutzkorps mit dem Ziel, die illegale Masseneinwanderung einzuschränken. Auf solche Absichten haben einschlägige Organisationen so wie immer reagiert, nämlich nicht mit sachlicher Kritik, sondern mit sofortiger, sozusagen berufs- und traditionsgemässer Empörung: Militarisierung der Asylpolitik? Krieg gegen die Wirtschaftsflüchtlinge aus Süd und Ost?

Vom Flüchtling zur Massenwanderung

Solche Anwürfe haben mit dem Vorhaben und der komplexen Problematik nichts zu tun. Sie sympathisieren letztlich nur mit einer Politik der offenen Grenzen, deren Folgen innenpolitisch niemand verantworten könnte. 1983 sind in den westeuropäischen Ländern noch 70 000 (1990 im OECD-Raum bereits 600 000) Asylgesuche gestellt worden. In der Schweiz haben 1987 11 000 Ausländer um Asyl nachgesucht. 1989 waren es bereits über 24 000, und in diesem Jahr muss mit einer weiteren dramatischen Zunahme von über 50 000



Peter Spälti, 8442 Hettlingen; Dr iur., Präsident VR und Vorsitzender der Geschäftsleitung der «Winterthur-Versicherungen»; Oberst i Gst, ehemaliger Kdt Inf Rgt 31 und Stabschef einer HE; Nationalrat (FDP).

Asylgesuchen gerechnet werden, nachdem für den Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat eine Steigerung von 62 Prozent ausgewiesen ist. Von allen Asylbewerbern werden aber, so die Erfahrung, nur zwischen fünf und sechs Prozent als an Leib und Leben bedrohte und verfolgte Flüchtlinge anerkannt.

Das heisst nichts anderes, als dass heute und in Zukunft das zentrale Problem nicht die Begrenzung und Abwehr der wirklichen Flüchtlinge ist, denen die Schweiz aus ihrer humanitären Tradition heraus schon immer Schutz und Gastrecht gewährt hat. Vielmehr werden wir konfrontiert mit einer sozial und wirtschaftlich bedingten Masseneinwanderung von Menschen aus andern Kulturkreisen, mit einer gewaltigen Migrationsbewegung aus dem armen Süden in den reichen Norden, ergänzt durch Ost-West-Migration grössten Ausmasses.

Unterscheidung oder Kollaps

Wenn die Schweiz weiterhin asylpolitisch handlungsfähig bleiben und die wirklich Verfolgten aufnehmen will, muss die notwendige Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Einwanderern aus wirtschaftlichen Gründen mit aller Konsequenz und mit zusätzlichen Massnahmen betrieben werden. Andernfalls ist der totale Kollaps unserer Asylpolitik programmiert. Wir müssen uns vermehrt an der Entwicklung internationaler Instrumente und Entwicklungsprogramme engagieren, welche die Menschen in den Emigrationsstaaten davon abhalten, in Massen ihre Kulturkreise aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen zu verlassen.

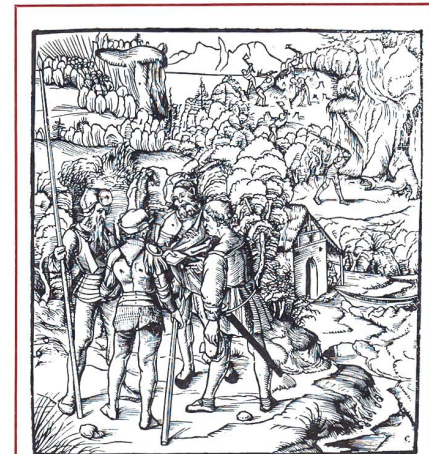
Im eigenen Land muss das schon mehrfach revidierte, rechtsstaatlich einwandfreie Asylgesetz konsequent vollzogen werden. Dies ist aber ohne die Wegweisung abgewiesener und nichtgefährdeter Asylbewerber durch die kantonalen Behörden – Proteste und laufende TV-Kameras hin oder her – nicht denkbar. Und schliesslich kommen wir nicht umhin, schon «ante festum» Massnahmen zur Bekämpfung der illegalen Masseneinwanderung zu ergreifen – auch im Blick auf die ohnehin anstehen-

de Freizügigkeit der Arbeitsplätze innerhalb eines zunehmend integrierten Europas.

Durchsetzung des Rechts

1990 sind 97 Prozent aller Asylbewerber illegal in die Schweiz eingewandert. Darunter viele ohne Papiere, eingeschleust über professionelle Schlepperorganisationen, in grosser Zahl auch sogenannte Asyltouristen, deren Gesuche in unseren Nachbarländern bereits geprüft und abgewiesen worden sind. Genau hier will nun die geplante Verstärkung des Grenzschutzes durch Armeeangehörige ohne scharfe Munition einsetzen. Ziel ist nicht die Abschottung des Landes oder gar die generelle Abweisung aller Asylsuchenden, sondern die Einschränkung der Grenzübertreite auf die legalen Übergänge. Eine solche Praxis ist nicht inhuman, da niemand in einen echten Verfolgerstaat zurückgeschickt wird.

Mit der Verstärkung des heute aus personellen Gründen hoffnungslos überforderten Grenzschutzkorps will man vorab den Schleppern effizienter entgegenzutreten und zugleich jenen Abkommen mit unseren Nachbarländern vermehrte Nachachtung verschaffen, die eine umgehende Rückweisung solcher Flüchtlinge vorsehen, die sich zuvor bereits in einem Vertragsstaat aufgehalten haben und dort vor Verfolgung sicher sind. ☒



Grosses Interesse für Schweizer Geschichte

Die Schweizerinnen und Schweizer haben, im Gegensatz zu einer oft geäusserten Meinung, ein grosses Interesse für die Geschichte ihres Landes. Dies beweist einmal mehr die Tatsache, dass das im Oktober 1990 im Silva-Verlag, 8005 Zürich, in drei Sprachen erschienene Buch «1291 – Die Geschichte» bereits die dritte Auflage erreicht hat. Der von Prof Dr Werner Meyer verfasste, reich illustrierte Bildband schildert die Entstehung der Eidgenossenschaft so, wie sie sich heute aufgrund von Funden, Dokumenten und dem neuesten Stand der Forschung darbietet. Über 50 000 Schweizerinnen und Schweizer haben dieses Werk bis Ende 1990 gekauft. Ein Bestseller zum Jubiläumsjahr 1991 ist geboren! (500 Silva-Punkte + Fr 34.50)

Ja zur Übung «Limes»

Als eine Chance für die schweizerische Asylpolitik begrüsst die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) die Aktion «Limes». Die vom Finanzdepartement lancierte Unterstützung des Grenzschutzkorps durch WK-Truppen ist ein geeignetes Mittel, um den illegalen Übertritt über die grüne Grenze und damit dem Unwesen der Schlepperorganisationen Einhalt zu gebieten. Mit Befriedigung wird zur Kenntnis genommen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Grenzwachtern und den unbewaffneten Soldaten reibungslos verlaufen ist. Die FDP wehrt sich vehement gegen die Verunglimpfung unserer Soldaten des Geb Füs Kp II/92, die als Bürger in Uniform eine schwierige Aufgabe pflichtbewusst übernehmen. Unverständnis rufen die Protestaktionen oppositioneller und linker Gruppierungen hervor, welche nicht verstehen wollen, dass mit dieser Aktion keinem wirklichen Flüchtling die Möglichkeit genommen wurde, in der Schweiz Asyl zu erhalten. Der Bundesrat wird bei einer allfälligen Weiterverfolgung des Projektes der verstärkten Grenzüberwachung unterstützt.